



Alternativantrag

der Fraktion der SPD

zu „Nord-Ostsee-Kanal stärken“ (Drucksache 20/168)

Leistungsfähigkeit des Nord-Ostsee-Kanals sichern

Der Landtag wolle beschließen:

Das Landtag Schleswig-Holstein betrachtet mit Sorge die durch den Bundesverkehrsminister geplante Kürzung der Mittel für Ersatz-, Aus- und Neubaumaßnahmen an Bundeswasserstraßen um ca. ein Drittel von heute 909 Mio. Euro auf 594 Mio. Euro in 2023. Die geplante Kürzung wird auch erhebliche negative Auswirkungen auf den Nord-Ostsee-Kanal haben und führt zu weiteren Verzögerungen und Kostensteigerungen beim Ausbau und der Grundinstandsetzung des Nord-Ostsee-Kanals.

Der Landtag erwartet, dass das Bundesverkehrsministerium seiner Verantwortung gegenüber der herausragenden wirtschaftlichen Bedeutung des Nord-Ostsee-Kanals gerecht wird, indem es die notwendigen Mittel für den Ausbau und die Grundinstandsetzung des Nord-Ostsee-Kanals bereitstellt. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich umgehend gegenüber Bundesverkehrsminister Wissing für die Umsetzung und umfassende Finanzierung des Ausbaus und Grundinstandsetzung des Nord-Ostsee-Kanals einzusetzen.

Der Landtag bekräftigt die große wirtschaftliche Bedeutung des Nord-Ostsee-Kanals für Schleswig-Holstein. Als meistbefahrenere künstliche Wasserstraße der Welt ist der Kanal sowohl für den Seeverkehr zwischen Nord- und Ostsee als auch für die maritime Wirtschaft und die Seehäfen in ganz Norddeutschland und damit verbundene Arbeitsplätze unverzichtbar. Der Landtag betont für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit des Nord-Ostsee-Kanals die Notwendigkeit des zügigen Ausbaus des Kanals inklusive der dazugehörigen Schleusenkammern in Brunsbüttel und Kiel. Angesichts der steigenden Gütermengen und der gleichzeitig stark

angespannten Lieferketten sind die Sanierung und der Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals von großer Bedeutung für die gesamte Bundesrepublik Deutschland.

Der Landtag stellt fest, dass die CSU-Bundesverkehrsminister von 2009-2021 maßgeblich für den schlechten Zustand des Nord-Ostsee-Kanals verantwortlich sind. Der Landtag kritisiert den stetigen Personalabbau in der für den Nord-Ostsee-Kanal zuständigen Behörde. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, zu überprüfen, inwieweit die Ausbildungskapazitäten u. a. für Wasserbauingenieur*innen im Land ausreichend sind und den Wirtschaftsausschuss über die Ergebnisse zu unterrichten.

Thomas Hölck
und Fraktion